

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postträger und die Hausbesitzer der Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis: 10 Pfennige. — Anzeigenpreis: 10 Pfennige. — Anzeigenpreis: 10 Pfennige. — Anzeigenpreis: 10 Pfennige.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 30 Goldpfennige, Kellner-Anzeigen 40 Goldpfennige, sämtliche Zeile 20 Goldpfennige.

Telegramme: Kogebblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 249

Sonnabend, den 24. Oktober 1925

20. Jahrgang

### Der griechisch-bulgarische Grenzzwischenfall.

Einmarsch der Griechen. — Widersprechende Darstellungen. — Und der Völkerverbund?

Athen, 22. Okt. Die Blätter veröffentlichen eine Erklärung der Militärbehörde, daß heute griechische Truppen in bulgarisches Gebiet einmarschieren werden, um Petritsch und einen weiteren Grenzpunkt zu besetzen, die sie besetzt halten werden, bis Bulgarien völlige Genugtuung für den letzten Zwischenfall geleistet hat.

Berlin, 22. Okt. Zu dem bulgarisch-griechischen Grenzzwischenfall erklärt das Pressebüro der Bulgarischen Gesandtschaft in Berlin auf Grund der bei ihr aus Sofia eingegangenen Nachrichten: Sofort nach der Tötung des griechischen Soldaten auf bulgarischem Gebiet haben die Bewegungen und Konzentrierungen großer griechischer Streitkräfte, die, wie aus allem ersichtlich, schon in Bereitschaft gehalten waren, stattgefunden. Nach einer Beschießung von griechischer Seite, der die Bulgaren sich vergeblich bemäßen, ein Ende zu machen, haben bedeutende griechische Kräfte, mit Artillerie versehen, was in diesen Gegenden sehr auffallend ist, von allen Seiten die bulgarischen Grenzpunkte Nr. 9, 10 und 11 angegriffen, besetzt und sind dann weiter in das bulgarische Territorium eingedrungen. Die Stadt Petritsch ist bereits von Artillerie beschossen worden.

Wenn alle diese Tatsachen — das Vorhandensein so großer griechischer Militärstreitkräfte an der Grenze und deren plötzliches Eindringen in bulgarisches Gebiet — mit dem Umstand verbunden werden, daß die griechische Regierung den dreimal wiederholten Vorschlag der bulgarischen Regierung zwecks Einsetzung einer Untersuchungskommission ostentativ unbeantwortet gelassen hat, so ergibt sich die unumstößliche Feststellung, daß wir es in dem Falle mit einem von griechischer Seite mit langem vorbereiteten Angriff zu tun haben.

Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Es wird gemeldet, daß griechische Abteilungen, die mit Artillerie versehen waren, in das bulgarische Gebiet einbrachen. Fünf bulgarische Grenzwachen wurden getötet. Die bulgarischen Posten zogen sich darauf zurück und die Griechen besetzten die Grenzposten Nr. 9, 10 und 11. Mehrere Granaten fielen in die Stadt Petritsch. Sie jetzt hat die griechische Regierung auf den dreimaligen Vorschlag der bulgarischen Regierung nicht geantwortet, eine Untersuchung der Verantwortlichkeit einzuleiten.

Athen, 22. Okt. (Meldung der Agence d'Athènes.) Die gestern abend der bulgarischen Gesandtschaft in Athen überreichte Verbalmote der griechischen Regierung wurde dem griechischen Geschäftsträger in Sofia gelaufen, der sie der bulgarischen Regierung aushändigen wird. Die Note beginnt mit einer Darstellung des Grenzzwischenfalles. Danach griffen am 19. Oktober um 9 Uhr nachmittags bulgarische Truppen den griechischen Grenzpunkt Nr. 69 im Gebiet von Demir Hisar an und töteten die griechische Schildwache. Da auf der jungen Linie vom Posten 67 bis zum Posten 69 geschossen wurde, begab sich der Hauptmann der griechischen Detachementkompanie sofort nach vorn und befahl, das Feuer einzustellen, was unerbittlich geschah. Als sich aber der Hauptmann mit einer weißen Fahne den bulgarischen Posten näherte, um sich mit den Offizieren zu verständigen, wurde er erschossen. Das Feuer dauerte dann bis zum Abend an. Die Bulgaren zogen Truppen in der Stärke eines Bataillons zusammen, die mit

Maschinengewehren versehen waren, und besetzten die Höhen, die die griechischen Stellungen beherrschten. Das griechische Blockhaus Nr. 69 wurde von ihnen eingenommen. In der Nacht zum 20. gelang es den inzwischen verstärkten griechischen Posten, alle verlorenen Stellungen mit Ausnahme des oben erwähnten Blockhauses zurückzuerobern. Die Note weist dann darauf hin, daß sich bulgarische Truppen noch jetzt auf griechischem Gebiet aufhalten. Sie sagt ferner, daß der Oberkommandierende der griechischen Truppen Befehl erhalten habe, dem Einbruch der Bulgaren Einhalt zu tun und alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihm zur Sicherung des nationalen Gebietes geeignet erscheinen. Sie sagt zum Schluß, daß die griechische Regierung, ohne die nationale Würde preiszugeben, bei einem solchen unprovokierten Angriff nicht gleichgültig bleiben könne, und verlangt von der bulgarischen Regierung, daß sie ihr Bedauern offiziell ausspreche, die Schuldigen bestrafe und den Familien der Opfer eine Entschädigung von 6 Millionen Drachmen zahle.

Paris, 22. Okt. „Journal des Debats“ äußert zum griechisch-bulgarischen Konflikt: Es muß bedauernd, daß in dem Augenblick, in dem die Verträge von Locarno paraphiert wurden, was einige Blätter zu voreiligen Ankündigungen der Vereinigten Staaten von Europa veranlaßte, zwei Mitgliedstaaten des Völkerverbundes miteinander in Konflikt geraten und sich um das Statut des Völkerverbundes wie „um die weißen Blätter im Herbst“ kümmern. Das griechische Kabinett hat jetzt Gelegenheit, die Grundzüge der friedlichen Regelung von Konflikten zu achten, für die der griechische Vertreter beim Völkerverbund Venizis so warm eingetreten ist, aber Venizis hat demissioniert. Wenn das Unrecht auf bulgarischer Seite liegt, dann war es richtiger, es feststellen zu lassen, bevor man ein Ultimatum abfandte. Zum Völkerverbundsstatut seine Zusucht zu nehmen, war im Augenblick das einzig Korrekte. Aber unglücklicherweise entwickelte sich das Regime Pangalos in beunruhigendem Sinne. Pangalos vertritt weder die Opposition noch die Kritik und behandelt General Plastiras, den desinteressiertesten Mann ganz Griechenlands, wie einen Verbrecher. Wohin soll das führen?

Sofia, 22. Okt. (Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur.) Wegen der Verletzung bulgarischen Gebietes durch griechische Truppen, die trotz der wiederholten Vorschläge der bulgarischen Regierung, eine Untersuchung zwecks Feststellung der Verantwortung für den Zwischenfall vom 19. Oktober einzuleiten, ihren Vormarsch fortsetzen, hat Bulgarien gemäß Artikel 10 und 11 des Völkerverbundesvertrages heute einen Protest an das Völkerverbundssekretariat gerichtet, in dem es die sofortige Enderufung des Völkerverbundes fordert, um den Konflikt zu prüfen. Im letzten Augenblick wird gemeldet, daß die griechischen Truppen, die in Richtung Petritsch operieren, aus Artillerie und Infanterie bestehen. Die Truppen bezogen längs der Grenze Stellung und beschoßen die Dörfer Mareoshtinova und Marimpol. Die bulgarischen Grenzscharabteilungen haben das Dorf Mareoshtinova geräumt. Die griechische Artillerie beschießt das Strumatal und die offene Stadt Petritsch sowie die dorthin führende Straße. Die Infanterie rückt am Flussufer vor.

### Die deutsche Antwort auf die letzte Entwaffnungsnote überreicht.

Berlin, 23. Okt. „Berliner Lokalanzeiger“ und die „Tägliche Rundschau“ melden, daß die deutsche Antwort auf die letzte Entwaffnungsnote der Botschafterkonferenz gestern nach Paris abgegangen ist und dort heute überreicht werden wird. Im Anschluß daran, so bemerkt das letztgenannte Blatt, werde man dann über die Fortschritte in der Räumungsfrage weiteres hören. Es kann auch als sicher gelten, daß die Engländer eine Herabsetzung ihrer Truppenzahl im besetzten Gebiet beschließen haben und daß die Franzosen und Belgier in demselben Verminderungsverhältnis sich anschließen werden. Schließlich kann man auch wohl mit Sicherheit annehmen, daß man sich in Paris bereits mit den notwendigen Abänderungen des Rheinlandregimes beschäftigt. Das „Berliner Tageblatt“ will erfahren haben, daß in interalliierten Kreisen für spätestens Ende Januar 1926 mit dem endgültigen Abbau der Militärkontrollkommission gerechnet wird.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Washington. New York, 22. Okt. Nach einer Meldung der „New York World“ aus Washington hatte Reichsbankpräsident

Dr. Schacht Besprechungen mit Beamten des Schatzamtes und stattete dem Schatzsekretär Mellon sowie Mitgliedern des Federal Reserve Board Besuche ab. Der Leiter des Federal Reserve Board gab zu Ehren des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ein Festmahl.

### Der Sieg des Deutschtums im Memelland.

Memel, 21. Oktober. Die Wahlen zum memelländischen Landtag haben folgendes Ergebnis gehabt: Es sind insgesamt 57 466 Stimmen für die Einheitsfront-Parteien abgegeben worden. Davon entfielen auf die Memelländische Landwirte-Partei 24 101 Stimmen, auf die Memelländische Volkspartei 28 872 Stimmen und auf die Sozialdemokratie 4593 Stimmen.

Die litauischen Parteien haben insgesamt nur 8077 Stimmen aufgebracht; davon haben lediglich die verbündeten Listen der litauischen Bauern mit 2000 Stimmen Aussicht, einen Kandidaten zu erhalten. Die Kommunisten und die sonstigen kleinen Splitterparteien brachten 1802 Stimmen auf; sie werden keinen einzigen Kandidaten erhalten.

Die Kandidatenverteilung wird ungefähr das folgende Bild ergeben: insgesamt 28 Kandidaten der Einheitsfront, davon 12 Landwirte, 11 Volksparteiler und 5 Sozialdemokraten. Der letzte Sitz des Landtags wird den litauischen Bauern zufallen.

### Die Besprechungen im Reichskabinett über Locarno beendet.

Das Ergebnis der entscheidenden Kabinettsitzung, die gestern vormittag stattfand, wurde amtlich in folgender Form mitgeteilt:

„Das Reichskabinett hat heute unter Vorsitz des Reichspräsidenten die Besprechungen über das Ergebnis der Ministerzusammenkunft von Locarno zum Abschluß gebracht. Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister werden in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages die Stellungnahme der Reichsregierung vertreten.“

Berlin, 23. Okt. Ueber die gestrige Sitzung des auswärtigen Ausschusses wissen einige Blätter mitzuteilen, in den Reden der einzelnen Abgeordneten sei zum Ausdruck gekommen, daß alle Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten die Haltung der deutschen Delegierten in Locarno gebilligt haben. Von allen diesen Parteien sei es aber auch als selbstverständlich angesehen worden, daß die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Vertrages von Locarno erst fallen könne, wenn sich die politischen Rückwirkungen von Locarno, die von den Hauptdelegierten der Westmächte mündlich zugelegt worden sind, deutlich bemerkbar gemacht haben. Beachtung gefunden habe die Erklärung des sozialdemokratischen Abg. Dr. Breitscheid, daß seine Partei im Reichstag für die kommenden Gesandtschaften nur dann stimmen werde, wenn auch die Deutschnationalen ihnen ihre Zustimmung gegeben werden. Der Wortführer der Demokraten habe sich für seine Partei ähnlich ausgedrückt.

### Einmütig den Vertrag von Locarno gebilligt.

Berlin, 23. Okt. Unter der Überschrift „Die Einmütigkeit des Reichskabinetts“ schreibt die „Tägliche Rundschau: Das Reichskabinett hat gestern vor dem Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses seine Beratungen noch in einer kurzen Sitzung zum Abschluß gebracht. Die Beratung ist durch einen Beschluß zu Ende geführt worden, der zwar nicht veröffentlicht worden ist, der aber ganz deutlich zu erkennen gibt, daß das Kabinett insgesamt auf dem Boden dessen steht, was in Locarno erreicht worden ist. Dieser Haltung entsprechend hat dann auch das Kabinett den Reichsaußenminister damit beauftragt, die Haltung der Regierung vor dem Auswärtigen Ausschuss darzulegen. Es steht also außer allem Zweifel, daß die Darlegungen des Reichsaußenministers den Standpunkt der Regierung darstellen. Im Anschluß an die Ausführungen Stresemanns stellte auf eine Anfrage des Abg. Breitscheid (Soz.) der Reichskanzler Dr. Luther ausdrücklich fest, daß Dr. Stresemann in voller Übereinstimmung mit der Auffassung des Kabinetts gesprochen habe.

### Die Moskauer Presse zum Locarno-Vertrag.

Moskau, 21. Okt. Die Veröffentlichung der Verträge von Locarno wird nur kurz von „Iswestija“ kommentiert. Das Blatt behauptet noch einmal, daß der englische Standpunkt gefestigt habe, und daß es England gelungen sei, die Verbindung zwischen Frankreich und seinen östlichen Nachbarn, Polen und der Tschechoslowakei, zu zerbrechen, deren Interessen im Stich gelassen würden. England werde zur ausschlaggebenden Macht am Rhein und in Europa. Gleichzeitig meint aber das Blatt, die Tatsache, daß die englischen Dominions und Indien an dem Pakt teilnehmen, sei ein neuer Schritt auf dem Wege des Zerfalls des britischen Imperiums. Die Dominions werden aus einem Objekt der englischen Politik zu Subjekten selbständiger internationaler Politik. Die Ergebnisse der Konferenz von Locarno seien nicht ein Fortschritt in der Befriedung Europas, sondern nur der Beginn einer neuen Gruppirung der internationalen Kräfte.

Die ruhige Zurückhaltung und die knappe Kommentierung der Konferenz von Locarno durch die Presse erfolgt gemäß den Direktiven der entsprechenden Regierungen und bestätigt noch einmal die Absicht der Sowjetregierung, die ersten praktischen Ergebnisse des Vertrages von Locarno abzuwarten, ehe irgendwelche politische oder diplomatische Gegenmaßnahmen gesetzt werden. In manchen hiesigen politischen Kreisen herrscht die Auffassung, daß jetzt, nachdem England eine starke Position einnehme, es leichter auf neuerliche Verhandlungen mit der Sowjetunion eingehen werde.

### Grey über den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund.

Swansea, 22. Okt. Viscount Grey erklärte in einer Rede, der größte greifbare Erfolg der Konferenz von Locarno bestehe darin, daß nach der Ratifizierung der Verträge Deutschland in den Völkerverbund einträte. Innerhalb einiger Jahre müsse Deutschland dieselbe be-